

„Metropole Ruhr.2010“ – so lautet der klingvolle Name, den sich die Ruhr.2010 GmbH für die Kulturhauptstadt im kommenden Jahr erdacht hat. Weltoffenheit soll er symbolisieren und zeigen, dass es sich beim Ruhrgebiet nicht um die Ansammlung einzelner Städte handelt, sondern um eine Metropole, die den Vergleich mit anderen Metropolen der Welt nicht scheuen braucht. „Ruhr.2010“ wird da in einem Atemzug mit Paris, London, New York genannt.



So sollten alle mit einbezogen werden in den Prozess, ein gemeinsames Programm zu schaffen, dass auch über das Jahr 2010 hinaus strahlt. Die vielen kleinen und freien Kultureinrichtungen und auch die großen und über die Grenzen des Ruhrgebiets bekannten Projekte. Doch schon dabei kam es zu Fehlern: Die Kriterien, was als Projekt eingereicht werden kann, wurden mehrfach verändert, das Verfahren wurde spät gestartet und viele – gerade freie Kulturträger – zogen ihre Projekte auf Grund des langwierigen und nicht transparenten Auswahlverfahrens zurück.

Der Versuch von freien Kulturträgern, sich zu vernetzen, den Prozess der Auswahl der Projekte zu modifizieren und möglichst viele Menschen mit einzubeziehen, wurde finanziell nicht gefördert und so nach kurzer Zeit aus Geldmangel wieder eingestampft. Trotzdem wurden mehr als 2000 Vorschläge eingereicht, die unter dem Motto „Kultur durch Wandel – Wandel durch Kultur“ auf nur 300 Projekte zusammengekocht wurden.

## Metropole Ruhr.2010 Das Ruhrgebiet als Kulturhauptstadt

Seit einigen Wochen liegt nun auch das Programmheft vor, einen roten Faden sucht man – trotz des vorhandenen Mottos – aber vergebens. Es scheint ein Sammelsurium unterschiedlichster Themen und Projekte, ohne Ziel oder Botschaft. JedeR wird darin wohl einige für sie oder ihn interessante Projekte oder Veranstaltungen finden. Und wahrscheinlich wird Ruhr.2010 im Nachhinein als Erfolg verkauft werden. Schon alleine, weil die Kriterien dafür, was als Erfolg gewertet werden kann, nicht klar definiert sind. Und wahrscheinlich wird Ruhr.2010 als Marketingveranstaltung innerhalb des Ruhrgebiets auch funktionieren.

Ob und wie die Kulturhauptstadt aber die tatsächliche Kulturlandschaft beeinflussen wird, dass bleibt abzuwarten. Der anschließende „Masterplan Ruhr“ soll über das kommende Jahr hinaus die Kultur in der Region fördern. Zu hoffen wäre, dass dann trotz der

überall schlechten Haushaltslage die Kultur, gerade die der freien Träger und der kleinen Projekte nicht ganz dem Spardiktat zum Opfer fällt.

Fraglich bleibt, ob die Menschen vor Ort sich von Slogans wie „Metropole Ruhr“ angesprochen fühlen und ein Sprachdiktat, von Oben

aufgedrückt, ein Zusammengehörigkeitsgefühl der Städte und Menschen untereinander entstehen lässt. Viel wichtiger scheint es doch, die Teilhabe aller an Kultur zu fördern. Und da könnten wir noch einiges von den anderen Metropolen lernen: In Paris beispielsweise dürfen alle jungen Menschen unter 18 alle Museen kostenfrei besuchen. Vielleicht ein Anstoß, wie das Ruhrgebiet über 2010 hinaus wirklich zu einer Kulturmetropole werden könnte.

*Anna-Lena Orłowski*

### 2010

*DIE LINKE im Rat wünscht allen Leserinnen und Lesern ein gutes, erfolgreiches und gesundes neues Jahr. Auf dass Sie alle ihre individuellen Ziele in diesem Jahr verwirklichen können. Wir verbinden diese Wünsche mit dem Versprechen, dass unsere Fraktion auch im Jahr 2010 in Rat, Bezirken und Ausschüssen alles dafür tun wird, dass Bochum ein Stück sozialer und menschlicher wird.*



*Wolfgang*

## Schülerprotest vor dem Amtshaus

Ein Schicksalsschlag für SchülerInnen, Eltern und PädagogInnen am Schulzentrum im Bochumer Norden: Laut Haushaltssicherungskonzept, kurz HSK, sollte die Stadtbücherei im Schulzentrum Gerthe geschlossen werden.



In einer Sondersitzung zum HSK stand u.a. dieser Punkt am 8. November auf der Tagesordnung der Bezirksvertretung Nord. Doch da staunten die BezirksvertreterInnen nicht schlecht, als ihnen vor Sitzungsbeginn der Zugang vor dem Amtshaus Gerthe von weit über einhundert demonstrierenden SchülerInnen, Eltern und vielen LehrerInnen versperrt wurde. Mit großen Transparenten und Schriftbändern protestierten die SchülerInnen gegen die anstehende Schließung der Stadtbücherei in ihrem Schulzentrum. Erst mit erheblicher Verspätung konnte dann die Sondersitzung zum HSK begonnen werden.

Alle Parteien in der Bezirksvertretung haben dann auch nach ausführlicher Beratung gegen eine Schließung abgestimmt. Ein richtiges Signal findet DIE LINKE, denn gerade in Hinblick auf die Leseförderung brauchen die SchülerInnen einen kostengünstigen Zugang zu Büchern.

*Friedhelm Eppmann*

# Gedenken an die Deportationen durch die Reichsbahn

Vom 20. November bis 6. Dezember präsentierte das Stadtarchiv die Ausstellung „Sonderzüge in den Tod“, welche an das Schicksal hunderttausender Menschen erinnern sollte, die während der NS-Zeit von der Reichsbahn deportiert wurden.

Dass die Deutsche Bahn heute diese Ausstellung zeigt, ist jedoch leider keine Selbstverständlichkeit. Jahrelang gab es heftige Auseinandersetzungen, die darauf beruhten, dass die DB es ablehnte, eine von Beate und Serge Klarsfeld konzipierte Ausstellung über die in Frankreich deportierten Kinder an deutschen Bahnhöfen zu zeigen.

Die DB argumentierte stets, dass Bahnhöfe nicht der geeignete Ort seien, um der Verbrechen zu gedenken. Zudem habe sich der Konzern mit seiner Rolle als Rechtsnachfolger der Reichsbahn umfassend beschäftigt, so Mehdorn damals mit Verweis auf



die Dauerausstellung im DB Museum in Nürnberg. Im Zuge der Auseinandersetzungen zwischen der DB und den Klarsfelds gründeten sich mehr und mehr Initiativen, die eine Aufarbeitung der Geschichte der Deportationen im Rahmen einer solchen Ausstellung forderten.

Zu diesen Initiativen gehörte auch der „Zug der Erinnerung“, der auf Initiative der LINKEN im Rat im Februar 2008 auch Station in Bochum machte. Im Rat und in den Ausschüssen war unser vorrangiges

Ziel jedoch, die geplante Ausstellung der DB in Zusammenarbeit mit den Klarsfelds nach Bochum zu holen. Denn nach Monaten intensiver Auseinandersetzungen konnten sich DB und Klarsfelds doch noch auf eine gemeinsame Ausstellung einigen.

Im Januar 2008 wurde die Ausstellung „Sonderzüge in den Tod“ erstmals in Berlin gezeigt. Im November 2009 kam die Ausstellung dann auf unsere Initiative hin auch nach Bochum. Auf 40 Informationstafeln wird die Verantwortung der Reichsbahn an den Deportationen von Juden, Sinti und Roma beleuchtet. Im Fokus der Ausstellung sind jedoch die Geschichten jener, die Opfer der Deportationen wurden, insbesondere der Kinder. So soll anhand individueller Geschichten auf das Leid der Deportierten einfühlsam aufmerksam gemacht werden. Leider hat es jedoch keine Tafel zu Bochumer Opfern gegeben. *Bianca Schmolze*

## LINKE in Aufsichtsräten, Verwaltungsräten und im Polizeibeirat

**Durch das gute Ergebnis bei der Kommunalwahl hat auch DIE LINKE erstmals Anspruch auf Sitze in einzelnen Gremien.**

Damit besteht für uns die Möglichkeit, mehr Informationen über die städtischen Unternehmen und Beteiligungen zu erhalten und gegebenenfalls Einfluss zu nehmen, z.B. für eine dezentrale und regenerative Energieversorgung bei den Stadtwerken oder ein gebührenfreies Girokonto bei der Sparkasse. Unser Einfluss ist allerdings bei jeweils einem Sitz naturgemäß gering.

Der Polizeibeirat ist laut Polizeiorganisationsgesetz: „... Bin-

deglied zwischen Bevölkerung, Selbstverwaltung und Polizei. Er soll das vertrauensvolle Verhältnis zwischen ihnen fördern, die Tätigkeit der Polizei unterstützen sowie Anregungen und Wünsche der Bevölkerung an die Polizei heranzutragen.“ Es geht also auch um das „Atmosphärische“, was bei Demonstrationen, Kundgebungen und Infoständen durchaus von Bedeutung ist. Für DIE LINKE wurden gewählt:

1. Aufsichtsrat der Stadtwerke: Uwe Vorberg
2. Holding f. Versorgung u. Verkehr GmbH Bochum (HVV): Uwe Vorberg
3. Aufsichtsrat Entwicklungsgesellschaft Ruhr: Pamela Strutz
4. Aufsichtsrat Bochumer Veranstaltungs-GmbH: Pamela Strutz
5. Verwaltungsrat d. Sparkasse: Uwe Vorberg, Stellvertr.: Aygül Nokta
6. Polizeibeirat: Jürgen Plagge-Vandelaar, Stellvertr.: Bianca Schmolze



# Sozialkahlschlag vorerst verhindert?

Am 30.11.2009 wurde im Sozialausschuss über die von der Verwaltung vorgeschlagenen Kürzungen im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes beraten.

Nach unserer Einschätzung war die Vorlage unausgewogen und so nicht zu akzeptieren. Diese Kürzungen hätten etliche Einrichtungen ins Mark getroffen, einige Einrichtungen in Gänze gefährdet, auf jeden Fall aber Hilfs- und Beratungsangebote erheblich eingeschränkt. Oftmals waren die betroffenen Einrichtungen noch nicht einmal von der Verwaltung über die drohenden Kürzungen informiert worden, geschweige denn dass nachgefragt worden wäre, welche Konsequenzen das bei den jeweiligen Institutionen hätte.

Vor diesem Hintergrund wurden von uns – aber auch von SPD, Grüne, CDU, UWG – sehr ähnliche Änderungsanträge gestellt, was zur Folge hatte, dass Beschlüsse zur Rücknahme erfolgten. Wenn auch Anträge der LINKE z.B. bei



der Nachbarschaftshilfe und beim Seniorensport von SPD und Grüne abgelehnt wurden, kann im Ergebnis der Sitzung festgestellt werden, dass der soziale Kahlschlag in Bochum vorerst verhindert wurde. Vorerst, weil das Votum des Regierungspräsidenten noch aussteht.

Was DIE LINKE sehr verwundert hat, war, dass auf Vorschlag der Verwaltung in den nächsten drei Jahren fünf Stützpunkte der Altenhilfe geschlossen werden

sollen. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der Tatsache, dass alle Stützpunkte von den Menschen sehr gut angenommen sind, schon an sich ein Unging. Bei unserer Nachfrage bei einem der Träger stellte sich heraus, dass sie von nichts wussten. Die Verwaltung hatte sie schlichtweg nicht informiert. Abgesehen davon, dass dies schlechter Stil ist, sind wir der Meinung, dass die Verwaltung mit PartnerInnen, mit denen über lange Zeit gut und vertrauensvoll

zusammen gearbeitet wurde, so nicht umspringen kann.

Unser Antrag, die Schließungsbeschlüsse zurück zu nehmen, wurde mehrheitlich abgelehnt. Das ist umso unverständlicher als das Bestreben, ältere Menschen in ihrer gewohnten Umgebung älter werden zu lassen, ja durchaus richtig ist. Nur dann muss ihnen auch Gelegenheit gegeben werden, sich in ihrer Nähe auch mit anderen SeniorInnen zu treffen. Wie gesagt, der Kahlschlag wurde vorerst verhindert – aber einiges an Ungereimtheiten und Ungerechtigkeiten ist geblieben, leider. *Ernst Lange*

## Wahl zum Migrationsausschuss

Am 7. Februar 2010 wählen die Migrantinnen und Migranten der Stadt Bochum ihre VertreterInnen für den Ausschuss für Migration und Integration. In diesem Ausschuss sitzen neben 11 Ratsmitgliedern noch zehn Menschen, die über Listen oder auch als Einzelperson direkt gewählt werden.

Der Ausschuss entscheidet über Zuschüsse für Vereine, die Integrations- oder Antidiskriminierungsarbeit leisten. Außerdem sollen in ihm Lösungsstrategien erarbeitet werden, wie die spezifischen Interessen von Menschen mit Migrationshintergrund besser in den kommunalen Politikfeldern und im täglichen Verwaltungshandeln realisiert werden können. Eine, wie sich in der Vergangenheit gezeigt hat, nicht immer einfache Aufgabe. Umso wichtiger ist es von daher, dass alle in Politik und Verwaltung sensibel mit dem Thema gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen in dieser Stadt umgehen.

## Neujahrsempfang 2010

**Zum Neujahrsempfang der LINKEN sind alle interessierten Bochumerinnen und Bochumer und auch Auswärtige herzlich eingeladen!**

Wir freuen uns ganz besonders, dass wir diesmal ein Grußwort durch den DGB-Regionsvorsitzenden Michael Hermund und einen (kultur-)politischen Beitrag zum frisch eingeläuteten Kulturhauptstadtjahr 2010 im Programm haben. Von der Ratsfraktion gibt es einen kurzen politischen Rückblick auf das vergangene Jahr. Und musikalisch wird der Nachmittag mit Milli Häuser und Martin Scholz aufgewertet. Bei Barjazz besteht

die Möglichkeit, mit alten und neuen Bekannten ins Gespräch zu kommen oder auch den VertreterInnen der LINKEN Löcher in den Bauch zu fragen.

**Freitag, 15. Januar, 17.00 Uhr**  
Gemeindesaal der Christuskirche,  
Westring 26 b, 44787 Bochum

- Begrüßung: Anna-Lena Orlowski (stellv. Fraktionsvorsitzende)
- Grußwort: Michael Hermund (Vorsitzender DGB Ruhr-Mark)
- Chansons und Texte mit Milli Häuser und Martin Scholz
- Rück- und Ausblick: Uwe Vorberg (Fraktionsvorsitzender)
- Bar-Jazz mit Milli Häuser und Martin Scholz



Dazu gibt's Sekt, Selters und Häppchen. Neben den Ratsmitgliedern freuen sich der Kreisvorstand und unsere Bundestagsabgeordneten Sevim Dağdelen und Ingrid Remmers auf anregende Gespräche und Begegnungen.

„Fast alle Städte und Gemeinden befinden sich in einer Finanzkrise, aus der sie sich nicht aus eigener Kraft befreien und schon gar nicht heraus sparen können. Steuereinnahmen brechen als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise auf allen öffentlichen Ebenen dramatisch ein. Die Kommunen in NRW sind seit Jahrzehnten finanziell unzureichend ausgestattet.“

Die Folgen der sich immer weiter auftürmenden Schulden zeigen sich nicht nur in den kommunalen Bilanzen. Sie werden auch sichtbar in zerfallender öffentlicher Infrastruktur und in immer größeren Schwierigkeiten, ein Mindestangebot öffentlicher Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. In vielen Städten wird seit Jahren der Mangel verwaltet. Gleichzeitig wachsen kommunale Aufgaben und Ausgaben vor allem im Sozialbereich. Der Rat der Stadt Bochum fordert von Bund und Land ein angemessenes



Buchung kürzerer Zeiten in den Kitas gedrängt werden. Der Bochumer Bildungsbonus wird abgeschafft, im Bereich der Altenhilfe kommt es zu Kürzungen. Die Öffnungszeiten der Schwimmbäder werden reduziert, Lehrschwimmbekken und Turnhallen werden geschlossen. Genug Gründe für DIE LINKE, auch das veränderte Haushaltssicherungskonzept abzulehnen.

Aber es kommt noch schlimmer. Inzwischen hat Regierungspräsident Diegel gefordert, dass mindestens 140 Millionen Euro

# Der Pleitegeier kreist

senes Finanzierungskonzept für die Städte und Gemeinden ein.“

Das hat der Stadtrat Ende November mit großer Mehrheit, nur gegen die Stimmen der FDP, beschlossen. Schon jetzt spüren Bürgerinnen und Bürger die Pleite der Kommunen immer stärker.

Die Bochumer Verwaltung hatte bereits Ende Oktober eine Kürzungsliste vorgelegt, mit der jährlich 100 Millionen Euro im Bochumer Haushalt eingespart werden sollten. Für DIE LINKE war die von der Stadtspitze vorgelegte Liste der Grausamkeiten vollkommen unakzeptabel, mit ihr drohte der sozial-, bildungs- und kulturpolitische Kahlschlag. Zum Glück sah das die Mehrheit von SPD und Grünen in einigen Punkten ähnlich. So bleiben die Büchereien in Gerthe und Querenburg erhalten,

die Beitragsfreiheit für Geschwisterkinder in Kitas und bei der Musikschule wird nicht angetastet, ehrenamtliches Engagement und Selbsthilfe wird wie bisher gefördert, die Bürgerbüros bleiben erhalten und freie Träger im Kultur- und Sozialbereich müssen keine Kürzungen erwarten. Die größten Ungerechtigkeiten konnten verhindert werden.

Doch auch das verabschiedete Haushaltssicherungskonzept ist immer noch sozial unausgewogen. Im Bereich der Musikschule und der VHS wird das Angebot reduziert, dort und in fast allen anderen kulturellen Einrichtungen werden die Entgelte und Eintritte deutlich steigen. Die Ganztagsbetreuung in Kitas soll nicht weiter ausgebaut werden, Eltern sollen über eine Erhöhung der Gebühren für die 45-Stunden Betreuung zur

gekürzt werden müssen. Für DIE LINKE ist damit das Ende der Fahnenstange erreicht. Solch einem Spardiktat darf sich die Stadt nicht beugen, juristische und politische Schritte der Gegenwehr müssen schnellstmöglich geprüft werden.

Die finanzielle Lage der Städte und Gemeinden wird 2010 noch dramatischer werden. Nach einer Übersicht des Innenministeriums werden allein im Regierungsbezirk Arnsberg im nächsten Jahr die Hälfte aller Kommunen kein genehmigtes Haushaltssicherungskonzept haben (39 gegenüber 8 in 2009), 10 werden mittelfristig sogar überschuldet sein (gegenüber 3 in 2009). Kommunale Selbstverwaltung wird endgültig zur Farce, eigentlich müssten die Stadträte geschlossen abdanken.

*Uwe Vorberg*

## Wir sind für Sie da

Montags bietet unsere Bürger-Innensprechstunde von 17 – 18 Uhr die Möglichkeit, mit uns über Probleme und mögliche Lösungen ins Gespräch zu kommen. Dazu stehen reihum die Rats- und Ausschussmitglieder für Fragen, Anregungen und Diskussionen in unserer Geschäftsstelle, Willy-Brandt-Platz 1-3 persönlich und telefonisch unter 910-1295 zur Verfügung.

## IMPRESSUM

Linksfraktion Bochum  
Uwe Vorberg (V.i.S.d.P.)  
Altes Postgebäude  
Willy-Brandt-Platz 1 – 3  
44777 Bochum  
Tel.: 0234 – 910-1295 /-1296  
Fax: 0234 – 910-1297  
linksfraktion@bochum.de  
www.linksfraktion-bochum.de  
Fotos: pixelio (S.2,3,4), Linksfraktion Archiv (S.2), Stadt Bochum, Presse- und Informationsamt (S.1)

## LINKE. Einblicke

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Linksfraktion Bochum erhalten.

Bitte schicken Sie mir die „Einblicke“ kostenlos an folgende Adresse:

Name, Vorname ..... Straße, Hausnummer ..... Postleitzahl, Ort .....

Bitte schicken Sie mir Ihren elektronischen Newsletter an folgende Emailadresse:

.....